



Interessenverband
Berliner Schulleitungen e. V.

Interessenverband Berliner Schulleitungen e.V. (IBS)
Geschäftsstelle IBS, Lily-Braun-Straße 101, 12619 Berlin

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

Senatorin Sandra Scheeres

Bernhard-Weiß-Str. 6

D-10178 Berlin-Mitte

Es schreibt Ihnen:

Martin Wagner
Vorsitzender

Tel.: 030 971 58 32

Fax: 030 971 58 32

E-Mail: wagner@ibs-verband.de

22. Februar 2016

Offener Brief an die Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft

Stellungnahme zur Lehrkräfteversorgung an den Berliner Schulen

Sehr geehrte Frau Senatorin,

schon seit einigen Jahren werden in Berlin deutlich zu wenig Lehrkräfte ausgebildet, um die in den Ruhestand gehenden Lehrerinnen und Lehrer zu ersetzen. Die gewährte Altersermäßigung seit dem Schuljahr 2014/15, steigende Schülerzahlen aufgrund eines erhöhten Zuzugs von Fachkräften nach Berlin sowie der Flüchtlingsstrom haben dieses Problem noch zusätzlich verstärkt.

Bislang ist es der Bildungsverwaltung gelungen, die fehlenden Lehrkräfte zum jeweiligen Halbjahr gezielt anzuwerben, z. B. durch eine Erhöhung der Einstiegsgehälter (analog zu Erfahrungsstufe 5), durch Einstellungsgarantien, durch Entfristung von bislang befristeten Lehrkräften sowie durch kreative Werbung in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Auf diese Weise konnten Tausende ausgebildeter Lehrkräfte vor allem aus der Studienratslaufbahn neu eingestellt werden. Viele von ihnen konnten von einem, teilweise auch temporären, Einsatz an der Grundschule überzeugt werden. Weiterhin wurde der Quereinstieg für viele Fachkräfte ohne pädagogische Ausbildung ermöglicht.

IBS-Geschäftsstelle:

c/o Helmut Kohlmeier
Lily-Braun-Str. 101 • 12619 Berlin
Tel. 030 971 58 32
Fax 030 971 58 32
Mail service@ibs-verband.de
Web www.ibs-verband.de

Bankverbindung

Interessenverband Berliner Schulleitungen
BBBank e.G.
IBAN DE91 6609 0800 0002 3195 19
BIC GENODE61BBB

Die erhöhten Bedarfszahlen, besonders auch der bedrohliche Mangel im Grundschulbereich, sind seit langem bekannt. Der IBS und andere Schulleiterverbände fordern bereits seit Jahren, bedarfsgerecht auszubilden. Besonders zu kritisieren ist die fehlende Einrichtung von Studienplätzen für das Grundschullehramt in Berlin. In den letzten Jahren war trotz der sich abzeichnenden extremen Mangelsituation die Zahl der Interessenten dort regelmäßig um ein Vielfaches höher als die Zahl der angebotenen Plätze. Mit dem Verweis auf die Autonomie der Universitäten wurde hier eine Nachsteuerung versäumt!

In diesem Jahr gestaltet sich die Lehrkräfteversorgung an den Grundschulen absehbar desaströs. Einem Bedarf von etwa 1.000 Lehrkräften stehen dort weniger als 200 Absolventen gegenüber!

Wir halten deshalb zur Bewältigung des Lehrkräftemangels an allen Berliner Schulen folgende Maßnahmen für notwendig:

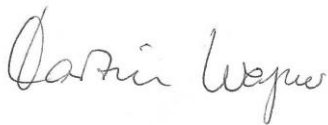
- Die Ankündigung, durch Nachverhandlungen mit den Universitäten das Angebot von derzeit 300 Studienplätzen auf 600 Studienplätze für Grundschullehrkräfte zu erhöhen, muss kurzfristig umgesetzt werden. Eine Kapazität von 1000 Studienplätzen im Grundschulbereich muss mittelfristig, ggf. durch ein eigens zu schaffendes Institut, erreicht werden. Die Studierenden müssen umfassend betreut werden, damit die Zahl der Studienabbrecher von derzeit 40 % drastisch reduziert werden kann.
- Durch die Verhandlungen mit den Hochschulen muss die Aufnahmekapazität für den Schwerpunkt „Sonderpädagogik“ und die MINT-Fächer ebenfalls deutlich erhöht werden. Für das Studium in diesen Fachrichtungen muss ebenso geworben werden wie für die beruflichen Fächer, um dem Mangel auch in diesen Bereichen entgegenzuwirken.
- Die von der Senatsschulverwaltung gewünschten Abordnungen und Teilabordnungen von Lehrkräften weiterführender Schulen an Grundschulen sind zur kurzfristigen Entschärfung der Mangelsituation sinnvoll, müssen jedoch auf dem Prinzip der Freiwilligkeit erfolgen. Verpflichtende Kontingente von ein bis drei Lehrkräften pro Schule sind daher abzulehnen. Wir brauchen regionale Lösungen in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen der abgebenden und der aufnehmenden Schulen!

- Lehrkräfte-Abordnungen aus Integrierten Sekundarschulen ohne eigene Oberstufe, aus beruflichen Schulen sowie aus Schulen im sozialen Brennpunkt sollte es nur im begründeten Einzelfall geben, da die Lehrkräfte-Rekrutierung für viele dieser Schulen sehr problematisch ist.
- Erzieherinnen und Erzieher, die ihre Ausbildung als Vorklassenlehrkräfte in der ehemaligen DDR absolviert haben, sollten als LuK-Lehrkräfte in der Schulanfangsphase eingesetzt und entsprechend bezahlt werden.
- Die Ankündigung, attraktivere Zuverdienstmöglichkeiten für gerade pensionierte Lehrkräfte zu schaffen, um sie für die Weiterbeschäftigung mit einigen Stunden zu gewinnen, muss kurzfristig umgesetzt werden.
- Die angedachte Werbekampagne für Lehrkräfte aus Österreich sollte unbedingt zeitnah umgesetzt werden, auch wenn ggf. Nachschulungsmaßnahmen aufgrund einer anderen Ausbildungsordnung notwendig werden. Die Werbung sollte auch auf andere europäische Länder ausgeweitet werden.
- Ein Quereinstieg in der Grundschule sollte nur mit Augenmaß erfolgen. Gerade die Arbeit mit jüngeren Schülerinnen und Schülern erfordert spezielle fachdidaktische und methodische Kenntnisse. Vorschnelle Einstellungsgarantien können zu verheerenden Fehlentscheidungen führen. Dies zeigen auch die Erfahrungen an den Oberschulen. Andererseits sollten fähige, engagierte und in der Praxis bewährte PKB-Lehrkräfte, die zum Teil bereits Zeitverträge haben, für den Quereinstieg zugelassen werden, auch wenn sie kein Mangelfach studiert haben.
- Mittelfristig muss das Vorhaben umgesetzt werden, Lehrkräfte an Grundschulen, die nach dem neuen Lehrkräftebildungsgesetz studiert haben, analog zu den Lehrkräften an weiterführenden Schulen nach E 13 zu entlohnen. Die anderen Lehrkräfte an den Grundschulen müssen die Möglichkeit der Nachqualifizierung erhalten.
- Es muss mehr Verwaltungs- und Leitungsstunden für alle Schulen geben, um den erhöhten pädagogischen und organisatorischen Aufgaben gerecht werden zu können.
- Zur Unterstützung der Schulen in schwieriger Lage muss die Unterrichtsverpflichtung hier abgesenkt werden, um den Lehrkräften zu ermöglichen, gemeinsam Schulentwicklung zum Umgang mit den herausfordernden Bedingungen zu betreiben.

- Bei allen Überlegungen zur Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften dürfen die noch bestehenden sonderpädagogischen Förderzentren „Lernen“ nicht außer Acht gelassen werden. Hier werden zunehmend mehr Schülerinnen und Schüler beschult, deren Verhalten in einem Regelschulbetrieb kaum mehr tragbar ist. Dringend benötigt werden eine 100%-Ausstattung mit sonderpädagogischem Personal und eine drastische Absenkung der Lerngruppenfrequenz!

In der Hoffnung auf eine gemeinsame Bewältigung der herausfordernden Aufgaben verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen



Martin Wagner

Vorsitzender des IBS